

# Frankreich

## Breite Ablehnung der „Reform“ des Arbeitsgesetzbuchs

In Frankreich finden seit dem Frühjahr Demonstrationen und Aktionstage mit Arbeitsniederlegungen und Straßenprotesten statt.

**Worum geht es? 1 350 000 Menschen in Frankreich haben innerhalb einiger Wochen die Petition gegen das „Loi Travail“ unterschrieben: Die „Reform“ des Arbeitsgesetzbuchs sieht vor, dass die Freiheits- und Grundrechte der Menschen durch die „Erfordernisse eines guten Funktionierens des Unternehmens“ eingeschränkt werden dürfen.** Und so werden im „El Khomri-Gesetzentwurf“ viele arbeitsrechtliche Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zunichte gemacht: 35-Stundenwoche, gewerkschaftliche Rechte, Schutz gegen Entlassungen, Bezahlung – und Begrenzung - der Überstunden, Arbeitsschutzmaßnahmen, keine geregelten Arbeitszeiten.

Einige Punkte hat die französische Regierung inzwischen zurückgenommen, aber nicht die wesentlichen. Durch die Anwendung des § 49.3. der Verfassung, wonach ein Gesetz ohne Zustimmung des Parlaments von der Regierung beschlossen werden kann, hat die französische Regierung sich – bisher - über die breite Ablehnung hinweggesetzt. Der Entwurf liegt jetzt beim Senat, die Nationalversammlung soll Mitte Juli darüber abstimmen. Ein sehr breites **Bündnis** fordert nach wie vor, dass **der Gesetzentwurf zurückgenommen** wird. Die **Aktionen** gehen weiter - **trotz einer gewaltsamen Unterdrückung von Demonstranten** (ernste Verletzungen, Verhaftungen,...), trotz der **Hetze** der regierungstreuen Presse und der Arbeitgeber:

- **Streiks** werden in verschiedenen Bereichen von den Gewerkschaften organisiert (<http://www.cgt.fr/>, <http://www.fsu.fr/>, <http://www.force-ouvriere.fr/>, <https://www.solidaires.org/>);

- In Paris entstand am Abend des 31. März eine Platzbesetzungsbewegung („Nuit Debout“), die sich inzwischen auf bis zu 200 andere französische Städte ausgeweitet hat. Seitdem wird in der Hauptstadt allabendlich der zentral gelegene Place de la République besetzt. Die Bewegung findet auf breiter Basis, mit gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten, Schüler- und Studentenverbänden, vielen Intellektuellen sowie prekär Beschäftigten statt. Ihre vielfältigen Aktionen sind hier dokumentiert: <https://nuitdebout.fr>.



„Weniger arbeiten um mehr zu leben.“

### **Nächster großer Aktionstag am 14. Juni: Streiks und nationale Demonstration in Paris**

Zur breiteren Mobilisierung wird auch eine Abstimmung über das neue Arbeitsgesetz organisiert <http://votationtravail.fr/>

#### **Solidaritätserklärung des DGB-Vorstands von Südhessen, <http://suedhessen.dgb.de/presse> 3.5.2016**

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund darf sich der Bewegung nicht verschließen und **es gilt im Rahmen eines gemeinsamen Bündnisses die Reformen in Frankreich zu verhindern.**

Es hat sich gezeigt, dass die im Rahmen der **Agenda 2010** Politik in Deutschland durchgeführten Reformen verheerende Folgen für die Gesellschaft und Demokratie in Europa hatten. Europa steht auf Grund des deutschen Lohndumpings bzw. der Lohnzurückhaltung vor einer historischen Zerreißprobe. Kürzungen von Sozialleistungen wie Rentenansprüche, die Einführung eines Niedriglohnsektors zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, haben die Gesellschaft in den letzten Jahren zusehends gespalten. Vermögen und Einkommen sind mit einer zunehmenden Armut immer ungleicher verteilt.

Um es klar und in aller Deutlichkeit zu sagen: Die damit verbundenen dauerhaft hohen **Leistungsbilanzüberschüsse** bedeuten, dass Deutschland einen Teil seiner Arbeitslosigkeit exportiert hat, genau genommen Arbeitslosigkeit in eine Region exportiert hat, in der die Arbeitslosigkeit we-

sentlich höher, ja, zum großen Teil mehr als doppelt so hoch war wie in Deutschland. Gestiegen sind die Überschüsse unter anderem mit Frankreich und Italien.

Grotesk ist, dass jetzt in diesen Ländern die gleichen Reformen zur Verbesserung der **Wettbewerbsfähigkeit** gefordert werden, was letztlich bedeutet, dass mit dieser Politik eine **Abwärtsspirale** in Europa in Gang gesetzt wird, zum Schaden für die europäische Solidargemeinschaft und Demokratie. Ein Rechtsruck ist in ganz Europa augenscheinlich. Die Logik lässt uns erkennen, dass nicht alle Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern können, diese Annahme ist ein Trugschluss einer deutschen Wirtschaftspolitik, den es endlich zu durchbrechen gilt.

**Deshalb müssen die Protestbewegungen mit Unterstützung der deutschen Gewerkschaften auf Deutschland ausgeweitet werden, in das Ursprungsland, das für die wirtschaftliche Misere in Europa nachweislich die Verantwortung trägt.** Es gilt den Zusammenbruch der Europäischen Währungsunion durch eine neoliberale Politik abzuwenden.“

(Veröffentlichung von „Sand im Getriebe“, 7.6.2016, <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>)